

24/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Gerhard Stoltenberg:

Mit Dynamik ins Jahr 1989

Der bisherige Jahresverlauf 1988 ist durch eine grundlegende Verbesserung der wirtschaftlichen Daten und Erwartungen bestimmt. Man muß sehr weit zurückgehen, um nach pessimistischen Vorhersagen zum Jahresbeginn eine derartig fundamentale Veränderung zum Positiven zu erkennen.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hat einen maßgeblichen Beitrag zu dieser erfreulichen Entwicklung geleistet.

Geldwertstabilität sorgt für realen Kaufkraftzuwachs

Die erfolgreiche Stabilitätspolitik von Bundesbank und Bundesregierung nach 1983 hat die Inflationserwartungen beseitigt und entscheidend zur erheblichen Steigerung der realen Kaufkraft und damit dem beträchtlichen Anstieg der privaten Nachfrage beigetragen. 1986 und 1987 stiegen die Realeinkommen der Bürger um insgesamt 8½ Prozent (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom März 1988) an. Gerade dieser Tatbestand kam in der wirtschaftspolitischen Diskussion in den letzten Monaten zu kurz. 1988 setzt sich diese positive Entwicklung fort. Im Gegensatz zu ungünstigeren Vorhersagen ist auch dieses Jahr durch ein hohes Maß an Preisstabilität bestimmt.

Steuerentlastung stärkt Binnennachfrage

Die Binnennachfrage wird 1988 wesentlich durch die zweite Stufe der Steuerentlastung im Umfang von fast 14 Milliarden DM jährlich verstärkt. Die

HEUTE AKTUELL

● Konjunktur

Der wirtschaftliche Aufschwung ist auch im 6. Jahr ungebrochen — alle Signale stehen auf Grün.
Seite 5

Siehe auch Flugblatt auf Seite 17

● Umwelt

Bundesumweltminister Klaus Töpfer forderte nach einer Anhörung des Bundesfachausschusses Umweltpolitik in Bonn: Zur Rettung der Nordsee müssen alle Opfer bringen.
Seite 6

● Drogen

Bundesfachausschuß Innenpolitik fordert härtere Gangart gegen Dealer und Drogenproduzenten. Seite 9

● Aussiedler

Ihre Zahl erreicht in diesem Jahr eine Rekordmarke — Bundesregierung plant Hilfsprogramm in Milliardenhöhe.
Seite 11

● Öffentlichkeitsarbeit

Vorstellung neuer Broschüren und des Olympia-Kalenders.
Seiten 18—20

● Dokumentation

Unsere Steuerpolitik sichert Wachstum. Grüner Teil

von 1983 bis 1986 schrittweise verwirklichten Entlastungen bei den Unternehmenssteuern verbesserten dauerhaft die Rahmenbedingungen für private Investitionen.

Internationale Zusammenarbeit sichert Stabilität

Die im Dezember 1987 nach den Erschütterungen des Oktober erneuerte und erweiterte Zusammenarbeit der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der großen Industrieländer hat im außenwirtschaftlichen Bereich zu mehr Stabilität beigetragen. Trotz einiger bedenklicher Einzelpunkte ist im neuen Handelsgesetz der USA der lange Zeit befürchtete Rückfall in den Protektionismus nicht erfolgt. Die zum Jahreswechsel vorherrschende massive Spekulation auf einen weiteren Rückgang des Dollarkurses erwies sich als falsch. Die Trendwende beim Dollar, die Markterwartungen haben sich vor allem auch aufgrund der klaren Aussagen der großen Industrienationen und der konkreten Zusammenarbeit ihrer Notenbanken grundlegend verändert.

Korrektur beim Dollarkurs

Der erneute Anstieg des USA-Dollars von knapp 1,60 DM zum Jahreswechsel auf jetzt rund 1,90 DM ist zunächst als eine begrenzte Korrektur nach der massiven Abwertung der amerikanischen Währung seit 1985 von damals über 3,00 DM anzusehen. In dieser Entwicklung kommt auch die wieder positivere Einschätzung der ungebrochenen Dynamik der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung sowie die beachtliche Zunahme der Beschäftigtenzahlen in den Vereinigten Staaten zum Ausdruck. Ein noch weitergehender Anstieg des Dollar wäre allerdings problematisch. Aber die Erfahrung ist heilsam, daß der Kurs der wichtigsten Währung der Welt nicht durch eine Einbahn-

straße permanenter Abwertung bestimmt ist.

Verbesserte Zusammenarbeit in Europa

Die Wechselkurse im Europäischen Währungssystem blieben auch nach den Turbulenzen des 19. Oktober zur Überraschung vieler stabil. Darin kommt auch die zunehmende Übereinstimmung in den Prioritäten und wichtigsten Zielen der westeuropäischen Industrieländer zum Ausdruck: Preisstabilität, Begrenzung der Haushaltsdefizite, Reform der Steuersysteme, schrittweiser Abbau der Ungleichgewichte in den Handels- und Leistungsbilanzen sowie allmähliche weitere Öffnung der Märkte sind, bei allen Unterschieden in den nationalen Politiken, über Europa hinaus seit einigen Jahren gemeinsame vorrangige Punkte der verbesserten internationalen Zusammenarbeit geworden.

Neue Dynamik im Export und bei Investitionen

Vor diesem Hintergrund erleben wir eine, gemessen an den Prognosen zum Jahreswechsel, überraschend **starke Dynamik unserer Exporte**. Noch wichtiger ist, daß in der Bundesrepublik Deutschland seit dem zweiten Vierteljahr auch ein **erheblicher Anstieg der privaten Investitionen**, vor allem der Ausrüstungsinvestitionen zu verzeichnen ist. Immer mehr Unternehmen stellen sich längerfristig auf eine offensive Strategie, auf den Binnenmarkt und neue Wettbewerbsbedingungen auch außerhalb Europas ein.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind unsere Exporte um zwei Prozent, unsere Importe um vier Prozent gestiegen. Der Leistungsbilanzüberschuß ging in dieser Zeit gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Milliarden DM (15 Prozent) zurück.

Aufgrund der erwähnten Daten und Trends ist zu erwarten, daß unsere Volkswirtschaft mit einer beträchtlichen Dynamik in das Jahr 1989 gehen wird. Für den konkreten Verlauf des nächsten Jahres wird wesentlich sein, ob die privaten Investitionen weiter wachsen und die außenwirtschaftlichen Bedingungen günstig bleiben. Eine neue amerikanische Administration wird ihre Wirtschafts- und Haushaltspolitik bestimmen. Der begonnene Abbau der Handelsungleichgewichte muß weitergehen. Die anhaltenden Belastungen aus der internationalen Schuldenkrise bleiben dabei eine beträchtliche Hypothek für die betroffenen Länder und die Weltwirtschaft.

Stärkeres Wachstum — mehr Steuereinnahmen

Für 1988 zeichnet sich für die Bundesrepublik Deutschland jetzt ein **reales Wachstum von etwa drei Prozent ab**. Die Steuereinnahmen vor allem der Gemeinden und der Länder, aber auch des Bundes, liegen über den Ansätzen in den beschlossenen Haushalten. Die Mehreinnahmen von insgesamt voraussichtlich 2,5 bis vier Milliarden DM müssen zur Verringerung der Kreditaufnahme verwandt werden.

Neuverschuldung zurückführen

Wir haben angesichts der damals ungünstigeren wirtschaftlichen Erwartungen Ende 1987 entschieden, vorübergehend eine höhere Neuverschuldung hinzunehmen. Sie wurde für 1988 bei Bund, Ländern und Gemeinden auf bis zu 68 Milliarden DM (3,2 Prozent des Bruttosozialprodukts) veranschlagt.

Auch bei einem etwas niedrigeren Ergebnis sind derartige Größenordnungen, vor allem unter dem Vorzeichen einer besseren Wirtschaftsentwicklung, mittelfristig nicht vertretbar. **Das Ziel für 1989 muß**

deshalb sein, die Neuverschuldung der Öffentlichen Hände auf 50 bis 53 Milliarden DM (etwa 2,4 Prozent des Bruttosozialprodukts) zurückzuführen. Für den Bund bedeutet dies im nächsten Jahr eine zusätzliche Verschuldung von etwa 30 Milliarden DM. 1990 wird die Nettoentlastung aus der Steuerreform mit rund 19 Milliarden ohnehin zu einem vorübergehenden erneuten Anstieg der Kreditaufnahme bei den Gebietskörperschaften führen.

Nach der Steuerreform 1990: Niedrigste Steuerquote seit 1960

Unsere Steuerpolitik wird, unter Einbeziehung der für 1989 vorgesehenen Anhebung von Verbrauchsteuern, **1990 mit 22,7 Prozent** (in der kassenmäßigen Abgrenzung) zu der niedrigsten Steuerquote seit 1960 führen. Zugleich hat der Bund bereits 1988 mit 45,2 Prozent den niedrigsten Anteil am Gesamtsteueraufkommen von Bund, Ländern, Gemeinden und Europäischer Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland seit den fünfziger Jahren. 1970 betrug der entsprechende Anteil des Bundes noch 54,2, 1979 48,5 Prozent. In dieser gefährlichen Entwicklung liegt der wichtigste Grund für den erneuten Anstieg seiner Neuverschuldung nach der beträchtlichen Rückführung der Defizite von 1983 bis 1986. Im Gegensatz zur Einschätzung der SPD können wir die große Steuerreform verkraften.

Auch weiterhin Ausgaben- disziplin unverzichtbar

Mittelfristig sollte die Neuverschuldung des Bundes bei einer weiter dynamisch wachsenden Volkswirtschaft auf eine Größenordnung von knapp ein Prozent des Bruttosozialproduktes begrenzt werden. Das würde im Verlauf der kommenden Wahlperiode etwa 20 bis 25 Milliar-

den DM jährlich bedeuten. Die ist nur erreichbar, wenn der Ausgabenanstieg weiterhin spürbar unter der nominalen Zuwachsrate unseres Bruttosozialproduktes bleibt und der Anteil des Bundes am Gesamtsteueraufkommen nicht weiter zurückgeht.

Auch für 1988 zeichnet sich ein geringer Ausgabenanstieg des Bundes von etwa 2,5 Prozent ab. 1989 ist jedoch einmalig mit einem höheren Ausgabenzuwachs von 4,6 Prozent zu rechnen. **Dafür sind zwei politische Entscheidungen maßgebend:**

Um eine Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und damit der Lohnnebenkosten zu vermeiden, ist ein Haushaltszuschuß des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit von 3,3 Milliarden DM eingeplant worden. Ferner sind ab 1989 jährliche Investitionshilfen des Bundes für strukturschwache Länder von 2,45 Milliarden DM vorgesehen.

Ein Haushaltsrisiko für die kommenden Jahre besteht bei notleidend werdenden Bürgschaften für Exporte an hochverschuldete Staatshandels-, Schwellen- und Entwicklungsländer. Im Haushaltsentwurf 1989 sind für Zahlungen aus Gewährleistungen insgesamt 2,8 Milliarden DM eingeplant. Ab 1990 muß das Ausgabenwachstum des Bundes erneut auf weniger als drei Prozent jährlich zurückgeführt werden. Aufgrund von unabweisbaren Mehraufwendungen, insbesondere in den Einzelplänen des Wirtschafts- und Landwirtschaftsministers, steigen die Finanzhilfen des Bundes 1989 um 1,7 Milliarden DM auf 16,7 Milliarden DM an. Andererseits werden ab 1990 durch die Steuerreform die Steuersubventionen nach den Maßstäben des Subventionsberichts der Bundesregierung schrittweise um mehr als sechs Milliarden DM jährlich zurückgehen. (Der Abbau von Steuervergünstigungen, Sonderregelun-

gen und Ausnahmetatbeständen beträgt insgesamt rund 13 Milliarden DM). Die Steuersubventionen betragen 1988 36,1 Milliarden DM, bei Bund, Ländern und Gemeinden.

Perspektive: Senkung der Unternehmenssteuern in der nächsten Legislaturperiode

In der Steuergesetzgebung sind nach der Verabschiedung der Steuerreform in dieser Wahlperiode noch die Neuregelung der Vereinsbesteuerung und die Verabschiedung einiger Vorschläge zur Bereinigung des Steuerrechts (Gesellschafter — Fremdfinanzierung, Maßgeblichkeit im Verhältnis von Steuerbilanz und Handelsbilanz, Vereinfachung des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens, Neuregelung des Steuerberatungsgesetzes) vorgesehen. Ferner werden wir mit den Vorarbeiten zur Senkung der Unternehmenssteuern in der kommenden Wahlperiode beginnen.

Finanzpolitik fördert wirtschaftliche Dynamik

Die Finanzpolitik hat den wirtschaftlichen Aufschwung entscheidend gefördert. Der wirtschaftliche Aufschwung verbessert jetzt die finanzpolitischen Perspektiven. Die extrem pessimistischen Vorhersagen der sozialdemokratischen Opposition zu Jahresbeginn sind durch die Entwicklung eindeutig widerlegt worden. Der Bund wird im Gegensatz zu den Behauptungen der SPD weder in diesem Jahr 45 Milliarden DM Kredite aufnehmen, noch 1989 50 Milliarden DM. Wir haben vielmehr flexibel auf die veränderten Bedingungen und erkennbaren Risiken geantwortet und waren damit erfolgreich. Aber auch eine Größenordnung von etwa 30 Milliarden DM Neuverschuldung des Bundes im nächsten Jahr liegt immer noch um etwa fünf Milliarden DM

Optimisten haben Recht behalten – die Konjunktur läuft gut voran

Eine gute Konjunkturnachricht jagt derzeit die andere. Nachdem die Bundesregierung in der vergangenen Woche ihre Wachstumsprognose für 1988 auf 2,5 bis 3 Prozent erhöht hat, wird dies vom neuesten Wirtschaftsgutachten des Münchener Ifo-Instituts bestätigt. Die Konjunkturforscher sehen für dieses Jahr einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung um 2,75 Prozent voraus. Damit sind alle diejenigen eines Besseren belehrt worden, die sich noch zu Jahresbeginn in düsteren Prognosen ergingen und wie die SPD und die Gewerkschaften einen Konjunkturreinbruch prophezeiten.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

über der genannten Zielvorstellung. Deshalb sind auch die vom Bundeskabinett nach Abstimmung mit der Koalition eingebrachten Vorlagen zur begrenzten Anhebung indirekter Steuern unverändert überzeugend begründet. Sie stehen in Übereinstimmung mit unseren Zielen einer Verbesserung der Steuerstruktur, der europäischen Steuerharmonisierung und der Absicht, 1990 die Steuerquote auf den niedrigsten Stand seit 1960 zurückzuführen.

Von sehr großer Bedeutung für die künftigen Rahmenbedingungen, für Wirtschaft und Arbeitsmarkt und die Begrenzung der Abgabenquote, werden die Gesundheitsreform und die Rentenreform sein. Erst wenn der ständige Anstieg der lohnbezogenen gesetzlichen oder tarifvertraglichen Abgaben begrenzt wird, kann die stärkere Senkung der direkten Steuern ihre volle positive Wirkung dauerhaft entfalten.

Der Konjunkturauftrieb ist in der Bundesrepublik nun schon im sechsten Jahr ungebrochen und wird sich — nach Prognosen der Bundesregierung — bis in die 90er Jahre hinein verstärkt fortsetzen. Die 1990 in Kraft tretende Dritte Stufe der Steuerreform und die Vollendung des Binnenmarktes in Europa ab 1992 lassen ein stetiges wirtschaftliches Wachstum um 2,5 Prozent pro Jahr möglich werden.

Auch 1988 kommen die stärksten Wachstumsimpulse von der Binnennachfrage. Dabei ist der private Verbrauch nach wie vor Pfeiler der Konjunktur. Die Steuerensenkungen in Höhe von fast 14 Milliarden DM zu Beginn dieses Jahres, weiter gestiegene Einkommen und stabile Preise stützen diese Entwicklung. Die wirtschaftswissenschaftlichen Fachleute erwarten beim privaten Konsum für das laufende Jahr einen Zuwachs von real 3 bis 3,5 Prozent.

Aber auch von den Anlageinvestitionen ist dieses Jahr ein deutlicher Wachstumsbeitrag zu erwarten, die Bundesregierung hält ein reales Plus von 4 bis 4,5 Prozent für realistisch. Neben Ausrüstungen werden nach langer Durststrecke auch die Bauinvestitionen wieder erheblich expandieren, man rechnet mit 4 bis 5 Prozent. Diese Entwicklung hat sich in den letzten Monaten bereits angebahnt: Seit Beginn des Jahres hat die Bauindustrie fast 17 Prozent mehr Aufträge erhalten als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Insbesondere der Wohnungsbau ist hier die Triebkraft.

Inzwischen hat sich auch der Export wieder zu einer Konjunktursäule entwickelt. Die Kaufbereitschaft des Auslands bei der bundesdeutschen Industrie erweist

Klaus Töpfer:

10-Punkte-Katalog zur Rettung der Nordsee

Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat bei der Eröffnung der Expertenanhörung des CDU-Fachausschusses Umwelt (2. 8. 88 in Bonn) zum Thema „Nordsee“ als notwendige Voraussetzung für die Umsetzung seines 10-Punkte-Katalogs Investitionen in einer Größenordnung von mindestens 20 Mrd. DM bezeichnet.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)
sich zunehmend besser als noch zu Beginn des Jahres erwartet. Im ersten Halbjahr 1988 sind die Auslandsaufträge mit real gut 10 Prozent doppelt so rasch gewachsen wie die Inlandsbestellungen. Die Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen wird von einer nach wie vor guten wirtschaftlichen Entwicklung bei den wichtigsten Handelspartnern angeregt. Dabei kommen typisch deutsche Qualitäten wie pünktliche Lieferung, hoher Service, gute Verarbeitung besonders zum Tragen. „Made in Germany“ ist stärker denn je ein Gütesiegel.

Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Waren im Ausland ist nach wie vor sehr hoch. Außerdem haben sich mit der Stabilisierung der Wechselkurse, insbesondere des Dollarkurses, die auf Dollarbasis vollziehenden Handelsbeziehungen wieder verbessert. Und schließlich steigen die Preise in den wichtigsten Konkurrenzländern immer noch stärker als in der Bundesrepublik.

Auch 1988 bleiben die Preise stabil. Diese Nachricht freut vor allem die Verbraucher. Der Konjunkturzug bleibt in Fahrt, auch 1988 und 1989 geht der Aufschwung weiter.

Die Maßnahmen der Bundesregierung, über deren Umsetzung Bundesumweltminister Töpfer im einzelnen berichtete, bedeuteten für alle Beteiligten erhebliche finanzielle Opfer. So rechnet Töpfer mit einer zusätzlichen Belastung allein der öffentlichen Hand von 14 Mrd. DM für den weiteren Ausbau der Kläranlagen. Dies bringe zwangsläufig eine Erhöhung der Abwassergebühren bei den Verbrauchern mit sich. Nach Töpfers Auffassung liegt diese in einer Größenordnung von 80 Pf/m³ Wasser. Ein vierköpfiger Haushalt müßte daher mit einer Mehrbelastung von 300, — DM im Jahr rechnen.

Für den Einbau der neuesten Technik zur Schadstoff- und Nährstoffverminderung seien darüber hinaus im industriellen Bereich zusätzliche Investitionskosten in Höhe von mehreren Mrd. DM erforderlich. Die Bundesregierung arbeite gegenwärtig mit Nachdruck an den Anforderungen für die Festlegung des technisch neuesten Standes.

Bundesumweltminister Töpfer: „Diese enormen Finanzmittel können nur in einer Gemeinschaftsaktion aufgebracht werden. Ich bin angesichts des großen Engagements in der Bevölkerung für einen nachhaltigen Schutz der Nordsee zuversichtlich, daß dies gelingen wird. Jetzt kommt es darauf an, daß auch alle zu der von ihnen bekundeten Verantwortung stehen. Der von mir vorgeschlagene 10-Punkte-Katalog dient als Grundlage für den nationalen Konsens zur Rettung der Nordsee. Alle wesentlichen, bisher in der Öffentlichkeit diskutierten Vorschläge zur Rettung der Nordsee werden durch dieses Konzept abgedeckt. Die

Heiner Geißler:

Tiefflüge einschränken

Generalsekretär Heiner Geißler hat sich in einem Interview in der „Welt am Sonntag“ (7. 8. 88) zu den Tiefflug-Übungen der Luftwaffe geäußert und dabei u.a. gesagt:

„So begrüßenswert die erste Initiative des Verteidigungsministers zur Eindämmung des Tieffliegens war, sie ist nach meiner Überzeugung nicht ausreichend. Man muß den Tiefflug auf das notwendige Minimum reduzieren und vor allem die Luftkampf- und Zielflug-Übungen über bewohnten Gebieten verbieten. Das kann man auch über dem Meer machen.

Außerdem ist es nach meiner Auffassung unabdingbar, daß in der Mittagszeit wenigstens für zwei Stunden sämtliche Tiefflüge unterbleiben müssen. Das ist im Interesse der älteren Leute notwendig, aber auch im Interesse kultureller und religiöser Veranstaltungen, zum Beispiel Beerdigungen.

Tiefflüge, die während einer Beerdigung, die in der Regel auf dem Lande am frühen Nachmittag stattfindet, über den Friedhof rasen und die Worte des Pfarrers am Grab im Düsenlärm verstummen lassen, zerstören selbst bei Gutwilligen in der Trauergemeinde den Gedanken der Verteidigungsbereitschaft mehr, als dies tausend Propagandakompanien des KGB in zehn Jahren schaffen könnten.

Denjenigen allerdings, die nun sehr lautstark gegen die Luftwaffe und die NATO demonstrieren und das totale Verbot von Tiefflug verlangen, denen muß man sagen: Wenn sie überhaupt die NATO noch bejahen, dann müssen sie auch bereit sein, der Bundeswehr mehr Geld zu geben, um zum Beispiel die technologischen Alternativen, wie sogenannte intelligente Waffen und Munition, den vermehrten Einsatz von Simulatoren und eine Verlagerung von Tiefflügen ins Ausland zu ermöglichen.“

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Bundesregierung arbeitet intensiv an der Umsetzung des Programms. Weitere konstruktive Vorschläge zur Fortentwicklung des Konzepts sind aber jederzeit willkommen“.

Die wesentlichen Eckpunkte des vorliegenden Maßnahmenkatalogs sind:

- Einschränkung der Phosphor- und Stickstoffeinträge aus kommunalen Kläranlagen durch weitere Verschärfung der Verwaltungsvorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes ab 1989.
- Scharfe Begrenzungen der Stickstoff- und Phosphateinträge aus industriellen

Quellen durch zahlreiche neue Verwaltungsvorschriften ab 1989.

- Erstmalige Einführung einer Abwasserabgabe für Phosphor und Stickstoff nach dem Abwasserabgabengesetz.
- Vollständige Einstellung der Abfallverbrennung auf hoher See bis 1994, dabei stufenweise Absenkung von 55.000 t im Jahr 1987 auf ca. 15.000—20.000 t im Jahr 1991.
- Vollständige Beendigung der Einleitung von Dünnsäure im Laufe des Jahres 1989.
- Durchführung von Gewässerrandstreifenprogrammen zur Verminderung des direkten Nährstoff- und Schadstoffeintrages in die Gewässer.

SPD-Chef Vogel im Formtief

Unfähig, eine echte Alternative zur Politik der unionsgeführten Bundesregierung aufzuzeigen, stolpert die SPD unter Führung von Parteichef Vogel im Sommerloch herum. In traumwandlerischer Sicherheit landen Vogel und seine SPD dabei einen Flop nach dem anderen, stellt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rudolf Seiters fest.

Vogel möchte die Friedensstärke der Bundeswehr einseitig um eine sechsstellige Zahl verkleinern und schwächt so die westliche Verhandlungsposition, die eine beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierung will. Selbst Friedensforscher wie General Graf Baudissin und SIPRI-Direktor Walter Stütze schlagen die Hände über dem Kopf zusammen.

Im bayerischen Birnbach verkündet Vogel die Schnapsidee, die Koalition zur Ablösung des Bundeskanzlers aufzufordern. Zwei Wochen später bittet er sich an, von Helmut Kohl im Herbst nach Moskau mitgenommen zu werden.

Gerade Fraktionsvize Ehmke hat es nötig, die Frühpensionierung von 12 Bundeswehrgenerälen zu kritisieren. In heute noch sprichwörtlicher Weise sortierte Ehmke selbst zu seiner Zeit als Chef des Bundeskanzleramtes einen Beamten nach dem anderen aus. Festzuhalten ist auch, daß die SPD in ihrer Regierungszeit insgesamt 235 Generale und Admirale vorzeitig zur Ruhe setzte.

Obwohl an der innerdeutschen Grenze der Schießbefehl nach wie vor besteht, verfolgt die SPD auf kommunaler wie auf Bundesebene das Ziel, daß solche Straftaten noch nicht einmal mehr registriert werden. Sie will die Erfassungsstelle in Salzgitter schließen.

Herr Vogel sollte einmal die Qualität seiner Oppositionsarbeit überprüfen. Wo bleiben eigentlich die Gegenvorschläge zu den von der Union in Angriff genommenen Reformen? In der Steuerpolitik ist die SPD völlig zerstritten. In der Gesundheitspolitik gibt es Nörgelei, aber keinen eigenen Gesetzentwurf. Beim Thema Neustrukturierung der Post tut sich die SPD ausschließlich durch Panikmache bei den Postbediensteten hervor. Auch bei der Rentenreform sucht man vergeblich nach einer Konzeption.

Die SPD befindet sich unter Hans-Jochen Vogel in einem Formtief — in sachlicher Arbeit hat die Opposition wenig zu bieten.

Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität muß verbessert werden

Die polizeiliche Kriminalstatistik 1987 weist eine Zunahme der Rauschgiftdelikte um 9 Prozent auf rund 75.000 Fälle aus. Da sowohl Täter als auch „Opfer“ große Anstrengungen unternehmen, um ihr Vorgehen staatlicher Beobachtung zu entziehen, gehört die Rauschgiftkriminalität zu den Deliktsebenen mit den größten Dunkelfeldern. Die Schätzungen der Experten reichen bis zum hundertfachen der amtlichen Zahlen.

Es ist davon auszugehen, daß jährlich im Bundesgebiet bis zu 13 Tonnen Heroin abgesetzt werden. Nur ein geringer Teil davon wird sichergestellt. Der überwiegende Teil der 1987 sichergestellten 320 Kilogramm Heroin wurde aus dem Nahen Osten mit LKW und auf dem Luftweg in die Bundesrepublik gebracht. Kokain kommt vorwiegend aus Mittel- und Südamerika. Mehr als die Hälfte des 1987 sichergestellten Kokains kam aus Kolumbien. Etwa 80 Prozent der 1987 insgesamt 296 Kilogramm sichergestellten Kokains wurde auf dem Frankfurter Flughafen beschlagnahmt. Neben den hohen Zuwachsraten bei den klassischen Drogen Heroin und Kokain wird eine Zunahme des Marktanteils synthetischer Drogen wie z. B. Amphetamin festgestellt.

Zur hohen Sozialschädlichkeit tragen neben der umfangreichen Beschaffungskriminalität (Apotheken- und Wohnungseinbruch, Fahrzeugaufbruch, Scheckbetrug bis zu Raub- und Tötungsdelikten) auch die negativen Auswirkungen auf das Netz der sozialen Sicherheit bei. Zu den 442 Rauschgifttoten 1987 müssen Tausende von Frühinvaliden hinzugerechnet

werden. Daneben begünstigt die Rauschgiftsucht bei der Benutzung nicht sterilisierter Spritzen auch die Verbreitung der tödlichen Immunschwächekrankheit AIDS.

Der Rauschgifthandel ist klassisches Operationsfeld der international agierenden organisierten Kriminalität. Die außergewöhnlichen Steigerungsraten sind im wesentlichen auf zunehmend professionell organisierten Transport und Absatz durch international operierende Tätergruppen zurückzuführen, erklärte auf einer Pressekonferenz des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU dessen Vorsitzender, der Berliner Senator für Inneres, **Wilhelm A. Kewenig**.

Die CDU sagt mit ihrer „Konzeption zu einer weiteren Verbesserung der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität“ den verbrecherischen Rauschgifthändlern den Kampf an. Angesichts jährlich mehrerer hundert Drogentoter und mehrerer tausend drogensüchtiger Frühinvaliden wird die CDU in Zukunft noch intensiver als bisher im Bund und in den Ländern gegen die Rauschgiftmörder vorgehen. Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU fordert eine weitere Verbesserung der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität. Die wichtigsten Vorschläge dazu sind:

- Die Bauern in den Erzeugerländern müssen für den Verzicht auf den Rauschgiftanbau gewonnen werden. Durch eine Ausweitung der internationalen Unterstützung muß ihnen geholfen werden, andere Produkte anzubauen und zu vermarkten.
- Der Einsatz von Rauschgiftverbindungsbeamten (RGVB) muß verstärkt

werden. Dabei ist insbesondere das Auswärtige Amt aufgerufen, die Entsendung solcher Beamten in die Erzeugerländer schnell und unbürokratisch zu fördern.

● Vor dem Abbau der Grenzkontrollen innerhalb der EG muß ein Fahndungsverbund verwirklicht und das Betäubungsmittelrecht in Europa harmonisiert werden.

● Die polizeiliche Abstimmung grenzüberschreitender Maßnahmen muß erheblich verstärkt und verbessert werden.

● Ausländer, die sich als kriminelle Rauschgift Händler betätigt haben, müssen rasch und unnachsichtig abgeschoben werden.

● Maßnahmen, die sich gegen die illegale Herstellung von synthetischen Drogen wenden, sind auszubauen. Grundstoffe für die Herstellung dieser Drogen sind in das Betäubungsmittelgesetz (BTMG) mit einzubeziehen.

● Es muß dringend eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, um illegale Vermögensgewinne aus dem Rauschgift Handel einziehen zu können. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß Rauschgiftverbrecher bei der gegenwärtigen Rechtslage zwar bestraft, ihre aus dem Rauschgift Handel erzielten Vermögensgewinne aber nicht eingezogen werden können.

● Da die „Drahtzieher“ des Rauschgift Handels nur durch den Einsatz verdeckter Ermittler und von V-Leuten dingfest gemacht werden können, sind zur Verbesserung dieser Fahndungswege Änderungen der Strafprozeßordnung und der Polizeigesetze notwendig.

● Die Polizeiorganisation der Länder zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität muß weiter verbessert werden.

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik ist der Auffassung, daß angesichts der Entwicklungen in der Rauschgiftszene über

die polizeiliche Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität hinaus, gleichbedeutend eine breitgefächerte Vorbeugung und eine verbesserte Ausgestaltung des Beratungs-, Behandlungs- und Nachsorgeangebots unverzichtbar ist. Die Erarbeitung eines umfassenden Konzepts zur Drogen- und Suchtmittelproblematik hat der 36. Bundesparteitag 1988 in Wiesbaden beschlossen.

Zitate

„Politik im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft sieht Wirtschafts- und Sozialpolitik als Einheit. Beide begrenzen und ergänzen einander: Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit gefährdet den sozialen Frieden und führt so zu volkswirtschaftlichen Verlusten. Eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beraubt sich selbst ihrer Finanzierungsquellen.“

(Helmut Kohl bei der Eröffnung der 24. Internationalen Konferenz für Soziale Wohlfahrt, 31.7.88, in Berlin)

„Die älteren Bürgerinnen und Bürger haben ihren Beitrag zum Aufbau der jeweiligen Gesellschaft geleistet, und wir tun gut daran, die Kenntnisse und Fähigkeiten der älteren Generation für die Weiterentwicklung unserer Staaten und Gesellschaften zu nutzen.

Es wäre töricht, die Lebenserfahrung und Lebensweisheit einer ganzen Generation zur Seite zu schieben. Ich bin durchaus dafür, daß junge Leute frühzeitig Verantwortung übernehmen und auch Erfolg haben. Aber alle Hochkulturen der Weltgeschichte haben die Lebenserfahrung und die Weisheit des Alters besonders zu schätzen gewußt.“

(Helmut Kohl bei der Eröffnung der 24. Internationalen Konferenz für Soziale Wohlfahrt, 31.7.88, in Berlin)

200 000 deutsche Aussiedler – Sonderprogramm in Arbeit

Im Monat Juli 1988 haben sich insgesamt 20.715 deutsche Aussiedler in den Aufnahmestellen gemeldet. Das ist das höchste Ergebnis eines einzelnen Monats seit 1958. Bei dieser Entwicklung der Aussiedlerzahlen der letzten Wochen kann die Bundesregierung von 200.000 Aussiedlern für 1988 ausgehen.

Allein über die Aufnahmestellen Friedland, Nürnberg und Unna-Massen sind in den ersten sieben Monaten 1988 80.858 Aussiedler aufgenommen worden. Mit den Aussiedlern, die ihren Vertriebenenausweis unmittelbar bei einem örtlichen Vertriebenenamt beantragt haben, sind es bereits etwa 100.000.

Zum Vergleich:

● 1987 sind rd. 86.000 Aussiedler eingetroffen,

● 1986 knapp 43.000.

„Die deutschen Aussiedler sind für unsere Gesellschaft ein großer Gewinn“, erklärte Staatssekretär **Horst Waffenschmidt** bei einem Besuch im Durchgangslager Friedland. „Trotz größter Widrigkeiten haben sie sich das Gefühl der Zugehörigkeit zur deutschen Nation bewahrt. Sie haben alles aufgegeben, um als Deutsche unter Deutschen leben zu können.“

Als Deutsche haben sie nach unserem Grundgesetz ein Recht auf Einreise und Aufnahme. Wir sollten sie mit offenen Armen und großem Verständnis empfangen. Millionen deutscher Vertriebenen und Flüchtlingen ist es nach Kriegsende ähnlich ergangen. Wir sollten alles tun, damit sich die Aussiedler als Mitbürger auch menschlich aufgenommen und angenommen fühlen.“

Zur Erleichterung der Aufnahme hat die Bundesregierung in den vergangenen Monaten gemeinsam mit den Ländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern umfassende Maßnahmen ergriffen bzw. eingeleitet:

● Die Zahl der Mitarbeiter in der Dienststelle des Beauftragten der Bundesregierung für die Verteilung der Aussiedler, die die Registrierscheine ausstellt, wurde von 37 im Juni 1987 auf inzwischen über 200 erhöht.

● Zur Entlastung Friedlands wurde ab 1. Februar 1988 in der Landesstelle für Aussiedler und Zuwanderer in Unna-Massen eine Nebenstelle des Beauftragten der Bundesregierung, dessen Dienststelle seit 1. Januar 1988 dem Bundesverwaltungsamt eingegliedert ist, eingerichtet. Die arbeitstägliche Kapazität dieser Nebenstelle beträgt inzwischen werktätlich 300 Personen, also 6.000 Personen monatlich.

● Die Aufnahmekapazität in der Durchgangsstelle für Aussiedler in Nürnberg wird z. Zt. durch Verstärkung von Personal und Lagerkapazität auf werktätlich 200 Personen (4.000 Personen im Monat) ausgebaut.

● In engem Zusammenwirken mit dem Land Niedersachsen wurde das Aufnahmeverfahren in Friedland gestrafft und in der Hand des Beauftragten der Bundesregierung konzentriert. Dadurch und durch Verstärkung des Personals des Bundes war eine Steigerung von rd. 350 auf über 500 Personen möglich, die an jedem Arbeitstag registriert werden können (Monatskapazität: bis zu 10.000 Personen).

Voraussetzung hierfür war, daß Bund, Land Niedersachsen, Landkreis Göttingen

gen und die Gemeinde Friedland die Bettenkapazität des Grenzdurchgangslagers Friedland von max. 1.500 Betten durch Einrichtung von Notquartieren in Turnhallen u. ä. über 3.000 verdoppelt haben. Damit sind die Voraussetzungen für die Aufnahme von künftig rd. 200.000 Aussiedlern im Jahr geschaffen. Die Registrierung gleich nach Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland ist für die Aussiedler deshalb so wichtig, weil sie aufgrund des Registrierscheins als vorläufigem Berechtigungsausweis bereits die meisten Eingliederungshilfen in Anspruch nehmen können (Überbrückungshilfe der Bundesregierung, Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit einschließlich der Sprachförderung, Unterbringung in einem Übergangswohnheim bzw. wohnungsmäßige Unterbringung, Gewährung von Wohngeld).

Ein Schwerpunkt des Sonderprogramms wird die Frage sein, für die Aussiedler schnell geeignete Wohnungen zu schaffen. Im Regierungsentwurf des Haushalts 1989 sind bereits deutliche Steigerungen vorgesehen. Für schnell greifende Maßnahmen sind bisher 741 Mio. DM eingestellt, darunter:

- 30 Mio. DM für Überbrückungshilfe,
- 230 Mio. DM für Beihilfen an junge Aussiedler und Zuwanderer für ihre Schul- und Berufsausbildung,
- 16,9 Mio. DM Zuschüsse an Wohlfahrts- und Vertriebenenverbände für die Bezahlung von Aussiedlerbetreuern und
- 300 Mio. DM an Rückführungskosten.

Hinzu kommen noch die Mittel für die Sprachförderung, die im laufenden Jahr von 320 Mio. DM auf etwa 600 Mio. DM aufgestockt werden müssen und im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit mindestens diese Größenordnung erreichen werden.

Diese Haushaltsmittel sind gut angelegtes Geld. Die Aussiedler sind Wirtschafts-

Zitat

„Wir sollten nie vergessen, daß Aussiedler Deutsche sind, allerdings Deutsche, die mehr als wir alle unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges zu leiden hatten und heute noch leiden.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl auf einer Pressekonzferenz am 21. Juli 1988 in Bonn)

bürger, die in ihrem Bestreben, sich eine neue Existenz aufzubauen, große Nachfrageanstöße geben können. Sie sind nicht zuletzt Dank ihrer äußerst günstigen Altersstruktur die Steuer- und Beitragszahler von morgen.

Von 1945 bis 1949 waren die ausgebombten und demontierten westlichen Besatzungszonen in der Lage, über 7,9 Millionen Vertriebene aufzunehmen. Von 1950 bis 1987 sind rund 1,5 Millionen Aussiedler aufgenommen und eingegliedert worden. Hinzu kommen noch etwa 3,5 Millionen Deutsche aus der DDR. Angesichts dieser Leistungen werden auch die augenblicklichen Engpässe von der Bundesrepublik Deutschland zu lösen sein. Der Bundesminister des Innern wird dem Bundeskabinett deshalb bis Ende August ein Sonderprogramm für die Aussiedler vorlegen.

Im Sinne der Umwelt

Der Verbrauch von Fluorchlorkohlenwasserstoffen in Spraydosen wird in der Bundesrepublik Deutschland voraussichtlich in diesem Jahr bereits auf 5000 Tonnen oder darunter absinken und damit das ursprünglich erst für Ende 1989 angestrebte Reduktionsziel erreichen. Dies zeigen die jüngsten Zahlen, die Bundesumweltminister Klaus Töpfer von der Industriegemeinschaft Aerosole e.V. (IGA) mitgeteilt wurden.

Arbeitslosigkeit hat strukturelle Ursachen

Zu den Arbeitsmarktzahlen vom Juli 1988 erklärt die Vorsitzende des Bundesausschusses Wirtschaftspolitik der CDU, Christa Thoben: Die Arbeitslosigkeit ist leicht angestiegen. Darin steckt keine Dramatik, das ist saisonüblich.

Doch über der magischen Zahl von 2,199 Millionen im Juli 1988 gerät Wichtiges in Vergessenheit: die Zahl der offenen Stellen. Diese Zahl ist Ausdruck der Dynamik am Arbeitsmarkt. Im Juli 1988 waren 180.100 offene Stellen bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldet, doch wird den Nürnbergern — nach eigenen Angaben — nur jeder vierte freie Arbeitsplatz überhaupt mitgeteilt. Dies bedeutet, daß Ende Juli 1988 in der deutschen Wirtschaft über 720.000 Stellen zur Besetzung anstanden, die oft nur sehr schwer zu besetzen sind, d. h. die Qualifikation der Arbeitslosen stimmt nicht mit den gesuchten Qualifikationen überein.

Dies zeigt, der größte Teil der heutigen Arbeitslosigkeit hat strukturelle Ursachen. Daher bleibt es nach wie vor eine wichtige Aufgabe, die Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitslosen und auch der Arbeitnehmer fortzusetzen, denn Qualifizierung schützt vor Arbeitslosigkeit, sie eröffnet auch Chancen für Arbeitslose. Hier sind vor allem die Tarifpartner gefordert. Dauerhafte und sichere Arbeitsplätze werden nicht durch teure Strohfeuerprogramme des Staates, sondern durch gemeinsames Handeln der Tarifpartner geschaffen.

Deshalb appellieren wir nochmals an die Unternehmen, ihre tatsächlichen offenen Stellen zu melden, damit sich die Öffentlichkeit ein realistisches Bild von der Situation am Arbeitsmarkt machen kann.

Fehlbelegungsabgabe ist verfassungsgemäß

Zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen „Fehlbelegungsabgabe“ erklärte in Bonn Bundesbauminister Oscar Schneider: Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner heute bekanntgewordenen Entscheidung das Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für verfassungsgemäß erklärt.

Das Gericht hat allerdings zugleich den Gesetzgeber verpflichtet, die bisher gezogene Grenze für die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe — die durch Rechtsverordnung der Länder nur für Gemeinden mit mehr als 300.000 Einwohnern (Gemeinden einschließlich der unmittelbar damit zusammenhängenden Wirtschaftsräume) festgesetzt werden konnte — mit Wirkung vom 1. Januar 1990 an zu senken. Gemeinsam mit den Ländern werden wir jetzt prüfen, wie dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Rechnung zu tragen ist.

Zur Vermeidung von Kosten für die Betroffenen scheint die Empfehlung zweckmäßig, eingelegte Rechtsbehelfe nach dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht weiter zu verfolgen. Zu beachten ist dabei allerdings, daß das Bundesverfassungsgericht nicht über die Frage entschieden hat, ob eine einzelne Gemeinde, wie beispielsweise Bonn, zu Recht oder zu Unrecht zum Wirtschaftsraum einer Stadt mit über 300.000 Einwohnern zugehörig anzusehen ist. Diese Frage muß im jeweiligen konkreten Einzelfall entschieden werden. Im Falle Bonn liegt diese Entscheidung gegenwärtig beim Bundesverwaltungsgericht.

Hormonskandal:

Illegale Machenschaften sind aufs schärfste zu verurteilen

Die Verwendung von Hormonen als Masthilfsmittel ist verboten. Daran müssen sich auch Großproduzenten von Kalbfleisch halten, andernfalls gefährden sie das Wohl der Bevölkerung. Diese Einzelfälle bringen außerdem nun zum wiederholten Male einen ganzen Zweig der Landwirtschaft unnötig in Verruf, erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Egon Susset, zum Kälberskandal im Münsterland.

In jahrelangen Bemühungen haben wir uns für ein EG-weites Verbot von Hormonen als Masthilfsmittel stark gemacht und sind zu einem befriedigenden Ergeb-

nis gekommen. Wir wehren uns gegen Importe von mit Hormonen belastetem Fleisch aus anderen Ländern. Es ist daher geradezu ein Hohn, daß hierzulande derartige Fälle vorkommen. Der Schutz des Verbrauchers muß Vorrang haben, und Fleischproduktion muß auch weiterhin nach den uns so wichtigen Reinheitsgesetzen erfolgen.

Nach den berechtigten Vorwürfen des Bundesgesundheitsministeriums an die Adresse des nordrhein-westfälischen Umweltministers bleibt zu hoffen, daß es künftig auch in einem SPD-regierten Land möglich ist sicherzustellen, daß kein belastetes Kalbfleisch in den Handel gelangt.

Wirkung des Wohngeldes in Großstädten

Eine aktuelle Auswertung der gegenwärtig gewährten Wohngeldleistungen in einigen ausgewählten Großstädten hat ergeben, daß es große Unterschiede in der Zahl der Wohngeldempfänger und ihrem Anteil an den Mieterhaushalten insgesamt gibt, weniger große Unterschiede allerdings bei den zu zahlenden Durchschnittsmieten.

Im Durchschnitt beziehen gegenwärtig 11,7 Prozent aller Mieterhaushalte in der Bundesrepublik Deutschland Wohngeld. Ein Vergleich zwischen einzelnen Großstädten zeigt, daß das Wohngeld besonders häufig in Gelsenkirchen (15,7 Prozent der Mieterhaushalte) und in Köln (14 Prozent) in Anspruch genommen

wird. Am unteren Ende dieser Skala rangieren Stuttgart mit 4,4 Prozent Wohngeldempfängern und München mit 5,8 Prozent. In diesen Daten spiegeln sich in erster Linie die großen Unterschiede in der wirtschaftlichen Lage in den genannten Städten wieder.

Weniger groß als angenommen sind die Unterschiede der von den Wohngeldempfängern zu zahlenden Mieten. Im Bundesdurchschnitt liegen die von Wohngeldempfängern gegenwärtig gezahlten Quadratmeter-Mieten bei 6,25 DM. Diesem Wert entsprechen etwa die Zahlen für Gelsenkirchen mit 6,13 DM, für Nürnberg mit 6,36 DM und für Stuttgart mit 6,58 DM. Merklich höher sind dagegen die Durchschnittswerte für München mit 8,27 DM, für Hamburg mit 7,40 DM sowie für Köln mit 6,90 DM.

CDU-Landesvorstand Oldenburg zur politischen Lage

Landesvorstand und Kreisvorsitzende des CDU-Landesverbandes Oldenburg haben sich am 31. 7. 88 intensiv mit der aktuellen politischen Lage, wie sie sich in Bonn, Hannover und in der Region darstellt, befaßt und folgende Entschliebung verabschiedet:

1. Der CDU-Landesvorstand und die CDU-Kreisvorsitzenden des Oldenburger Landes begrüßen die Arbeit und die Leistungen der Regierungskoalition in Hannover. Insbesondere Ministerpräsident Ernst Albrecht gebührt hierfür sowie für sein erfolgreiches Eintreten zur Durchsetzung der Bundeshilfe für die strukturschwachen Länder Dank. Für die Kommunen soll ab 1989 ein fairer Anteil aus der Strukturhilfe eingeplant werden.

2. Der CDU-Landesverband Oldenburg steht einmütig hinter der erfolgreichen Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Seine außenpolitischen Erfolge werden in der ganzen Welt anerkannt. Der europäische Gipfel in Hannover hat dies erneut deutlich gemacht. Die Erfolge in der Abrüstung der beiden Supermächte gehen auch auf die konsequente Politik dieser Regierung zurück. Ihre familienpolitischen Leistungen, die Jahr für Jahr zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze, die Erfolge in der Umweltpolitik, das in der Bundesrepublik anhaltende wirtschaftliche Wachstum (Mehreinnahmen an Steuern im ersten Halbjahr 1988 12 Milliarden DM), die niedrigen Zinsen und die Geldwertstabilität mit ihren positiven sozialen Auswirkungen sind unbestritten.

3. Der CDU-Landesverband Oldenburg bedauert, daß ein innenpolitisches Klima in Bonn vorherrscht, welches geeignet ist,

die Sichtbarkeit der Erfolge der Regierung Kohl zu mindern. Er fordert deshalb:

- größere Solidarität in der Bundesregierung, insbesondere Anerkennung des Führungsstils des Bundeskanzlers
- Schluß mit den Profilierungsaktionen führender Politiker auf Kosten der Partei
- Geschlossenheit in der Sache nach außen
- eine bessere Öffentlichkeitsarbeit auf allen Ebenen

4. Der CDU-Landesverband Oldenburg begrüßt die Absicht der Bundesregierung, das Mineralölsteuergesetz zu novellieren, um endlich die Besteuerung von Flugbenzin befriedigend für die verschiedenen Flugunternehmen, die Flugsportvereine und Privatflieger zu regeln. Die jetzige Gesetzeslage ist ungenügend. Eine Bevorzugung der Privatflieger darf nicht das Ergebnis sein.

5. Im Vordergrund steht für den CDU-Landesverband Oldenburg aber die Steuerreform, da sie

- den richtigen Weg zu einer wesentlichen Steuervereinfachung einschlägt
- 500 000 Mitbürger von der Steuer befreit
- durch lineare Progression den leistungsfeindlichen Mittelstandsbauch abschafft
- die Abschreibungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Betriebe verbessert
- die Familien weiter entlastet
- in der Summe aller drei Stufen den Bürgern trotz Erhöhung einiger Verbrauchssteuern 42 Mrd. DM zurückgibt und damit die Arbeitsleistung wieder

Konjunktur:

Signale auf Grün!

Die deutsche Wirtschaft ist kräftig im Aufwind: Drei Prozent Wachstum erwartet! Positive Wirkungen der Steuerreform zeigen sich: Die Bundesbürger sorgen für ein Umsatzplus im Einzelhandel bei weiter stabilen Preisen!

Damit haben selbst die Fachleute nicht gerechnet: Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland läuft, die Auftragsbücher sind gut gefüllt. Vergessen sind die pessimistischen Vorhersagen vom Jahresanfang. Jetzt werden drei Prozent Wachstum vorausgesagt, und zwar inflationsfrei. Der Positiv-Trend geht 1989 weiter!

»Eine muntere Kauflust der Verbraucher, gestärkt durch die Steuerentlastung zu Jahresbeginn und gute Einkommenszuwächse, sowie ein lebhaftes Auslandsgeschäft hellen den traditionell ersten Blick der Konjunkturpropheten auf. Um eine Drei vor dem Komma zu finden, müssen sie

lange zurückgehen – in die Jahre der Hochkonjunktur.« (DIE WELT)

Das sind die Fakten:

- Weniger Steuern
- Höhere Einkommen
- Stabile Preise
- Weiter neue Arbeitsplätze: seit 1983 rund 820 000
- Im Export weiter an der Spitze
- Auto-Produktion auf neuer Rekordhöhe
- Bauwirtschaft im Aufwind
- Handwerk und Industrie optimistisch wie lange nicht mehr
- Lehrlinge und Facharbeiter gesucht

Damit wird auf eindrucksvolle Weise der Stabilitätskurs der Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl bestätigt. Mit der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft hat die CDU die Weichen in Richtung auf Wohlstand für alle gestellt.

Unternehmer und Arbeitnehmer können stolz auf ihre Leistung sein, die überall in der Welt Anerkennung findet.



Über menschliches Leben darf nicht verfügt werden

**Dokumentation der Diskussion
und der Beschlüsse des
36. Bundesparteitages
zum Schutz des Lebens
und der Würde des Menschen**



Auszug aus der Niederschrift
und Beschlüß des Parteitages
Wiesbaden · 14. Juni 1988

Über menschliches Leben darf nicht verfügt werden

Die Broschüre behandelt auf 80 Seiten die Diskussion vom 36. Bundesparteitag sowie die Beschlüsse zum Schutz des Lebens und der Würde des Menschen, die im Anhang abgedruckt sind. Folgende Themen-Schwerpunkte wurden in der Diskussion behandelt

- künstliche Befruchtung
- Fremdmutterschaft
- Veränderung des Erbgutes
- § 218
- Sterbehilfe

Diese Broschüre informiert sachlich über die Zielrichtung der Partei zum Schutz des Lebens.

Bestell-Nr. : 5095

Mindestabnahme: 25 Expl.

Preis je 25 Stück: 25,— DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Achtung! Fertig! Los!

Jetzt ist es soweit, die letzten vier Wochen vor der Olympiade sind angebrochen. Die Ferienzeit ist zu Ende — die Canvassingzeit beginnt wieder.

Halt! Bevor Sie weiterblättern, prüfen Sie bitte folgende drei Punkte.

— Haben Sie schon den neuen Olympia-Kalender bestellt?

— Haben Sie den Kalender schon hinreichend bekannt gemacht?

— Wurde der Kalender schon auf allen Veranstaltungen/Sitzungen Ihres Verbandes vorgestellt?

Wenn nicht, dann haben Sie noch die Gelegenheit, den Kalender beim IS-Versandzentrum zu bestellen.

Bestell-Nr. : 8066

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je 100 Stück: 25,— DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.



Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold**



Olympia

1976 Montreal. Eine internationale Stadt, die in nur vier Jahren aus dem Nichts entstand, um die Olympischen Spiele zu veranstalten. Die Stadt wurde von der Regierung von Quebec gekauft und wurde in nur vier Jahren aus dem Nichts entstand.

1980 Moskau. Die Olympischen Spiele wurden in Moskau, der Hauptstadt der Sowjetunion, ausgetragen. Die Spiele wurden von der Sowjetunion gewonnen.

1984 Los Angeles. Die Olympischen Spiele wurden in Los Angeles, Kalifornien, ausgetragen. Die Spiele wurden von den Vereinigten Staaten gewonnen.

1988 Seoul. Die Olympischen Spiele wurden in Seoul, Südkorea, ausgetragen. Die Spiele wurden von der Sowjetunion gewonnen.

Liebe Freunde des Sports,

Sport hat in einem immer wichtigeren gesellschaftlichen Bereich einen Platz gefunden. Die Sportarten, die heute ausgetragen werden, sind vielfältiger als je zuvor.



Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Betrachtung dieser Spiele.

**SEMI-OLYMPIA-BELENDER
KARAKTERISTISCHES ZEICHEN
VON DIESEN SPIELPOSTER**



12. SEPTEMBER - 2. OKTOBER 1988

OLYMPIA '88 SEOUL

Entscheide dich für einen Blick
auf die Olympischen Spiele in Seoul.
Finde die Olympischen Spiele in Seoul.
Finde die Olympischen Spiele in Seoul.
Finde die Olympischen Spiele in Seoul.

CDU-OLYMPIA

MARATHON

SPIELREGELN

Dabei sein ist alles

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

3. 4. 5. 6.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

7. 8. 9. 10.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Olympia-Quiz

In wieviel olympischen Sportarten wird in Seoul um Medaillen gekämpft?

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

Fechten

Disziplin	Wettbewerb	Zeitpunkt
Fechten	Individuelle Wettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Paarwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Mixedwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Teamwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.

Fußball

Disziplin	Wettbewerb	Zeitpunkt
Fußball	Individuelle Wettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Paarwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Mixedwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Teamwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.

Reiten

Disziplin	Wettbewerb	Zeitpunkt
Reiten	Individuelle Wettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Paarwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Mixedwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Teamwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.

Sportschützen

Disziplin	Wettbewerb	Zeitpunkt
Sportschützen	Individuelle Wettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Paarwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Mixedwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Teamwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.

Basketball

Disziplin	Wettbewerb	Zeitpunkt
Basketball	Individuelle Wettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Paarwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Mixedwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Teamwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.

Hockey

Disziplin	Wettbewerb	Zeitpunkt
Hockey	Individuelle Wettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Paarwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Mixedwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Teamwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.

Volleyball

Disziplin	Wettbewerb	Zeitpunkt
Volleyball	Individuelle Wettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Paarwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Mixedwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Teamwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.

Extra-Tip: Auf die richtige Ernährung kommt es an!

Die Olympischen Spiele sind ein Ereignis, das die Welt vereint. Sie sind ein Fest der Freundschaft und des Sports.

und das sind die Preise:

1. Preis
2. Preis
- 3.-10. Preis

Radsport

Disziplin	Wettbewerb	Zeitpunkt
Radsport	Individuelle Wettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Paarwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Mixedwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Teamwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.

Gewichtheben

Disziplin	Wettbewerb	Zeitpunkt
Gewichtheben	Individuelle Wettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Paarwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Mixedwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Teamwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.

Mod. Fünfkampf

Disziplin	Wettbewerb	Zeitpunkt
Mod. Fünfkampf	Individuelle Wettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Paarwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Mixedwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Teamwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.

Tennis

Disziplin	Wettbewerb	Zeitpunkt
Tennis	Individuelle Wettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Paarwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Mixedwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.
	Teamwettbewerbe	12. Sept. - 1. Okt.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

Neu im Angebot:

Mit uns die Zukunft souverän gestalten

Die neueste Broschüre beim IS-Versandzentrum ist die erste Veröffentlichung der im April neugegründeten Senioren-Union. Neben einem kurzen Bericht und Auszügen aus den Reden der Gründungsveranstaltung vom 20. 4. 1988 dokumentiert die 52 Seiten umfassende Broschüre die Notwendigkeit und die Ziele der Senioren-Union. Diese Broschüre sollte als Standardwerk in jeder Geschäftsstelle vorhanden sein.

Bestell-Nr.: 5098

Mindestabnahme: 25 Expl.

Preis je 25 Stück: 27,— DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

UID

24/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421.
Verlagsleitung: Dr. Uwe Luthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.